

Gemeinde Glandorf

Glandorf, den 17.02.2017

## **N i e d e r s c h r i f t**

**SozA/002/2017**

über die **öffentliche Sitzung des Sozialausschusses**  
am **Dienstag, den 07.02.2017**, von **19:30 Uhr bis Uhr**  
im **Sitzungssaal des Rathauses Glandorf, Münsterstr. 11, 49219 Glandorf**

### **Anwesend:**

#### Vorsitzende/r

Herr Josef Hesse CDU

#### Mitglieder

Frau Edeltraud Erpenbeck UWG

Frau Ute Laumann SPD

Herr Mathias Lehmkuhle CDU

Herr Carsten Linnenberg CDU

Frau Andrea Puke UWG

#### Bürgermeisterin

Frau Dr. Magdalene Heuvelmann

#### Protokollführer

Herr Helmut Gerding

### **Gäste:**

Frau Pärschke, NOZ  
Rendantin Irmgard Hälker  
und einige Besucher

## **Öffentlicher Teil**

### **1. Eröffnung der Sitzung**

Ausschussvorsitzender Hesse eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

## **2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ausschussmitglieder**

Ausschussvorsitzender Hesse stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die anwesenden Ausschussmitglieder fest.

## **3. Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Die Beschlussfähigkeit wird einstimmig festgestellt.

## **4. Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form einstimmig festgestellt.

## **5. Genehmigung der Niederschrift Nr. 1 vom 22.11.2016**

Die Niederschrift Nr. 1 vom 22.11.2016 ist allen Ausschussmitgliedern zugegangen und wird einstimmig genehmigt.

## **6. Bericht der Verwaltung**

### - Situationsbericht Flüchtlinge

Verwaltungsangestellter Gerding trägt vor, dass die Gemeinde Glandorf ihre Aufnahmequote für 2016 voll erfüllt habe. Zum 31.12.2016 bzw. aktuell seien insgesamt 64 Flüchtlinge in Glandorf gemeldet. Anfänglich seien sie vom Balkan, nämlich 12 Personen aus dem Kosovo, 4 Personen aus Serbien und 4 Personen aus Albanien, gekommen, zuletzt insbesondere aus dem vorderen Osten. 19 Personen kämen aus Syrien, 15 aus dem Irak, 8 aus Eritrea und 2 aus der Elfenbeinküste. Alle Flüchtlinge seien in dezentralen Unterkünften untergekommen. Von diesen 64 Personen befänden sich noch 13 im Asylverfahren. 30 Personen seien inzwischen anerkannt bzw. hätten einen subsidiären Schutzstatus bis zu 3 Jahren. Bei 21 Personen sei das Asylbegehren rechtskräftig abgelehnt worden. Diese seien grundsätzlich ausreisepflichtig und besäßen lediglich eine Duldung. Bei einigen dieser Ausreisepflichtigen laufe derzeit ein sogenanntes Härtefallverfahren.

Mitte Januar habe der Landkreis eine neue vorläufige Aufnahmequote für 2017 mitgeteilt. Hiernach habe die Gemeinde Glandorf 17 Personen aufzunehmen. Die Flüchtlingsentwicklung bleibe also in dieser Hinsicht entspannt.

### - Inanspruchnahme und Kosten der Förderungen nach dem Familienpass für 2016

Verwaltungsangestellter Gerding trägt vor, dass im Jahr 2016 49 Familien einen Familienpass beantragt und alle diesen auch erhalten hätten. Die Anzahl der Familienpässe habe sich damit gegenüber dem Jahr 2015 um 8 erhöht. Die in 2016 aufgewendeten Kosten beliefen sich insgesamt auf 8.188,77 €. Gegenüber dem Jahr zuvor (2015 waren es 6.614,68 € gewesen) seien diese um 23,80 % gestiegen.

Die Aufstellung der Kosten, nach Leistungen aufgeteilt, werde dem Protokoll beigelegt.

### - Information zur Einrichtung eines Familienzentrums

Verwaltungsangestellter Gerding trägt vor, dass der Sozialausschuss in seiner letzten Sitzung die Einrichtung eines Familienzentrums mit Anbindung an den Johannes-Kindergarten einmütig begrüßt habe. Es sollte Kooperationen mit anderen Einrichtungen, z.B. den Schulen und dem

Familienservicebüro geben. Nach ersten Kontaktaufnahmen sei eine Lenkungsgruppe gegründet worden, in der die verschiedenen Einrichtungsträger vertreten seien, u.a. auch das Familienservicebüro durch Gaby Stockhoff. So werde u.a. vermieden, dass es zu konkurrierenden Empfehlungen kommt. Seines Wissens habe es bereits eine erste Gesprächsrunde gegeben.

- Kostensituation Mittagessen

Verwaltungsangestellter Gerding weist darauf hin, dass die Verwaltung in den nächsten Wochen Überlegungen bzw. Ausarbeitungen zu einer einheitlichen Elternbeitragserhöhung für das Mittagessen in allen Einrichtungen anstellen werde. Bei den nachfolgenden Haushaltspunkten der Kindergärten werde man feststellen, dass zwischen den Kosten und Beiträgen teilweise deutliche Differenzen lägen, die zu Lasten des öffentlichen Haushalts führten. Hier werde es eine Kostendeckung geben müssen.

**7. Jahresrechnung 2016 Marien-Kindergarten; Beratung und Beschlussfassung**  
**Vorlage: 01/017/2017**

Ausschussvorsitzender Josef Hesse trägt den Sachverhalt zu diesem Tagesordnungspunkt vor und verweist auf die vor der Sitzung gegebenen Erläuterungen zur Haushaltsrechnung, die Verwaltungsangestellter Gerding vorgetragen hat.

**Beschlussvorschlag:**

„Der Jahresrechnung 2016 für den Marienkindergarten mit einem von der Gemeinde Glandorf zu übernehmenden Zuschuss i. H. v. 159.796,77 EUR wird zugestimmt.“

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**8. Jahresrechnung 2016 Christophorus-Kindergarten; Beratung und Beschlussfassung**  
**Vorlage: 01/019/2017**

Ausschussvorsitzender Josef Hesse trägt den Sachverhalt zu diesem Tagesordnungspunkt vor und verweist auf die vor der Sitzung gegebenen Erläuterungen zur Haushaltsrechnung, die Rendantin Irmgard Hälker vorgetragen hat.

**Beschlussvorschlag:**

„Der Jahresrechnung 2016 für den Christophorus-Kindergarten mit einem von der Gemeinde Glandorf zu übernehmenden Zuschuss i. H. v. 143.186,23 EUR wird zugestimmt.“

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**9. Jahresrechnung 2016 St. Johannis-Kinderkrippe; Beratung und Beschlussfassung**  
**Vorlage: 01/018/2017**

Ausschussvorsitzender Josef Hesse trägt den Sachverhalt zu diesem Tagesordnungspunkt vor und verweist auf die vor der Sitzung gegebenen Erläuterungen zur Haushaltsrechnung, die Rendantin Irmgard Hälker vorgetragen hat.

**Beschlussvorschlag:**

„Der Jahresrechnung 2016 für die St. Johannis-Kinderkrippe mit einem von der Gemeinde Glandorf zu übernehmenden Zuschuss i. H. v. 62.217,15 EUR wird zugestimmt.“

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**10. Haushaltsplan 2017 Marien-Kindergarten; Beratung und Beschlussfassung**  
**Vorlage: 01/022/2017**

Ausschussvorsitzender Josef Hesse trägt den Sachverhalt zu diesem Tagesordnungspunkt vor und verweist auf die vor der Sitzung gegebenen Erläuterungen zum Haushaltsplan, die Verwaltungsangestellter Gerding vorgetragen hat.

**Beschlussvorschlag:**

„Dem Haushaltsplanentwurf für den Marien-Kindergarten wird in der vorliegenden Form zugestimmt. Der voraussichtliche Zuschuss der Gemeinde Glandorf für das Haushaltsjahr 2017 beträgt 159.850,00 EUR.“

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**11. Haushaltsplan 2017 Christophorus-Kindergarten; Beratung und Beschlussfassung**  
**Vorlage: 01/020/2017**

Ausschussvorsitzender Josef Hesse trägt den Sachverhalt zu diesem Tagesordnungspunkt vor und verweist auf die vor der Sitzung gegebenen Erläuterungen zum Haushaltsplan, die Rendantin Irmgard Hälker vorgetragen hat.

**Beschlussvorschlag:**

„Dem Haushaltsplanentwurf für den Christophorus-Kindergarten wird in der vorliegenden Form zugestimmt. Der voraussichtliche Zuschuss der Gemeinde Glandorf für das Haushaltsjahr 2017 beträgt 142.577,00 EUR.“

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**12. Haushaltsplan 2017 St. Johannis-Kinderkrippe; Beratung und Beschlussfassung**  
**Vorlage: 01/023/2017**

Ausschussvorsitzender Josef Hesse trägt den Sachverhalt zu diesem Tagesordnungspunkt vor und verweist auf die vor der Sitzung gegebenen Erläuterungen zum Haushaltsplan, die Rendantin Irmgard Hälker vorgetragen hat.

**Beschlussvorschlag:**

„Dem Haushaltsplanentwurf für die St. Johannis-Kinderkrippe wird in der vorliegenden Form zugestimmt. Der voraussichtliche Zuschuss der Gemeinde Glandorf für das Haushaltsjahr 2017 beträgt 74.810,00 EUR.“

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

Verwaltungsangestellter Gerding trägt zur Vervollständigung der Gesamtkosten der Kindergärten vor, dass für den St. Johannis-Kindergarten für 2016 ein Zuschuss von 285.182,52 € gewährt worden sei. Der Haushaltsplan für 2017 sehe einen voraussichtlichen Zuschuss in Höhe von 290.000,00 € vor.

### **13. Einstellung hauswirtschaftliche Kraft Christophorus-Kindergarten; Beratung und Beschlussfassung**

**Vorlage: 01/016/2017**

Ausschussvorsitzender Hesse trägt den Sachverhalt zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

Ratsherr Linnenberg weist darauf hin, dass die hauswirtschaftliche Kraft laut Vorlage für 1,5 Stunden täglich 9,80 € erhalten solle. Der Betrag müsste aber für 1 Stunde gezahlt werden, da er sonst ja unter dem Mindestlohn liegen würde.

Die Einstellung einer hauswirtschaftlichen Kraft für den Küchendienst im Christophorus-Kindergarten wird allgemein als notwendig angesehen. Der Stundenlohn wird auf 9,80 € festgelegt.

#### **Beschlussvorschlag:**

„Dem Antrag der Kirchengemeinde St. Johannis Glandorf vom 03.01.2017 auf Einstellung einer hauswirtschaftlichen Kraft für täglich 1,5 Stunden im Christophorus-Kindergarten wird zugestimmt. Der Stundenlohn beträgt 9,80 €.“

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

### **14. Zuschuss Spielplatz Johannis-Kindergarten; Beratung und Beschlussfassung**

**Vorlage: 01/025/2017**

Ausschussvorsitzender Hesse trägt den Sachverhalt zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

Ratsfrau Puke weist auf die Bezuschussung des 1. Bauabschnittes im vergangenen Jahr hin. Insoweit sei es nur konsequent, auch den letzten Bauabschnitt zu bezuschussen.

#### **Beschlussvorschlag:**

„Der Katholischen Kirchengemeinde St. Johannis Glandorf wird für den letzten Bauabschnitt der Erneuerung des Spielplatzes am Johannis-Kindergarten ein Zuschuss in Höhe von bis zu 9.335,55 € gewährt. Im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 ist ein entsprechender Betrag einzustellen. Die Auszahlung der Mittel erfolgt nach Vorlage entsprechender Rechnungen.“

Ein Anspruch auf Förderung weiterer Maßnahmen kann aus diesem Beschluss nicht abgeleitet werden. Die Gemeinde weist die Kath. Kirchengemeinde ausdrücklich darauf hin, dass sie, wenn sie diesen Zuschuss gewährt, keinen Präzedenzfall schafft.“

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

### **15. Krippenbau als Umbau im Johannis-Kindergarten; Beratung**

Ausschussvorsitzender Hesse trägt vor, dass er diesen Punkt habe auf die Tagesordnung setzen lassen, da er hier Handlungsbedarf, zumindest in Form einer ausführlichen Information und Erörterung sehe. In der Sitzung der CDU-Fraktion habe das Thema Fragen aufgeworfen, u.a.

nach der Dringlichkeit und insoweit auch die Frage nach einer Einstellung von Haushaltsmitteln bereits für 2017.

Ratsfrau Puke trägt vor, dass die UWG-Fraktion die alsbaldige Einrichtung einer weiteren Krippengruppe für erforderlich halte. Nach Ihrem Kenntnisstand würden bereits 9 Kinder keinen Krippenplatz erhalten. Sie halte auch die prognostizierte Höhe der prozentualen Kinderbetreuungsbedarfe nicht mehr für ausreichend. Mit der Vorhaltung einer weiteren Krippengruppe würde man auch jungen Familien signalisieren können, nach Glandorf zu ziehen. Die Gemeinde werde doch vom Landkreis Osnabrück für 2017 einen Entlastungsbetrag in Höhe von 166.000,00 € bekommen, in dem auch 92.000,00 € für Kinderbetreuung enthalten seien. Insoweit plädiere sie im Vorgriff auf den späteren Punkt Haushaltsanträge auf die Einstellung eines Haushaltsansatzes von 100.000,00 € in das Produkt „365150 Kinderkrippe“. Auch sollten bereits Förderanträge für die Errichtung einer Krippengruppe gestellt werden.

Ratsherr Linnenberg spricht sich ebenfalls für eine zügige Beantragung von Fördermitteln aus.

Ratsfrau Laumann weist darauf hin, dass sich mit all den Fragen die AG U-6-Betreuung beschäftigen wird.

Bürgermeisterin Dr. Heuvelmann trägt vor, dass es in der ersten Sitzung der AG U-6 ebenfalls unterschiedliche Ansichten in der einen oder anderen Richtung gegeben habe. Konsens sei sicher, dass es künftig einen vermehrten Bedarf an U-3-Plätzen geben werde. Einen akuten Handlungsbedarf sehe sie allerdings nicht. So seien z.B. Plätze in altersübergreifenden Gruppen im Christophorus-Kindergarten noch nicht ausgeschöpft und auch im Johannes-Kindergarten möglich. Sie bitte auch darum, sich nicht voreilig auf einen Krippenbau als Umbau im Johannes-Kindergarten festzulegen. Mit der Bedarfsanalyse und dann der strategischen Ausrichtung werde sich umfassend zunächst die AG U-6 zu beschäftigen haben. Im Übrigen wäre die Stellung von Förderanträgen zum jetzigen Zeitpunkt auch verfrüht, da es noch keine Rahmenbedingungen für Niedersachsen gebe. Man verpasse auch keine Antragsfristen. Der vom Landkreis Osnabrück gewährte und von Ratsfrau Puke angesprochene Entlastungsbetrag sei eine Abschlagszahlung auf gewisse in 2018 anstehende Neuverhandlungen und beziehe sich auf den laufenden Gesamthaushalt.

Ausschussvorsitzender Hesse trägt vor, dass die AG U-6 der Verwaltung verschiedene Aufträge gegeben habe, mit der Bitte, die Antworten spätestens zum Sozialausschuss vorzulegen.

Bürgermeisterin Dr. Heuvelmann entschuldigt das Versäumte und sagt eine baldmögliche Erledigung der beiden noch fehlenden Aufträge zu.

## **16. Mietzuschuss Kath. Öffentliche Bücherei; Beratung und Beschlussfassung**

**Vorlage: 01/013/2017**

Ausschussvorsitzender Hesse trägt den Sachverhalt zu diesem Tagesordnungspunkt vor. Er begrüßt, dass für die Bücherei geeignete Räumlichkeiten in zentraler Lage gefunden worden seien und spricht sich für die von der Verwaltung vorgeschlagene Verfahrensweise, einen hälftigen Zuschuss zur Kaltmiete zu gewähren, aus. Gleichzeitig sollte das Angebot der Kirchengemeinde, auf die bereits durch den Sozialausschuss für 2017 bewilligte Bezuschussung der Bücherei in Höhe von 1.800,-- € zu verzichten, angenommen werden.

Bürgermeisterin Dr. Heuvelmann trägt ergänzend vor, dass die Gemeinde schon die Miete der Kleiderkammer mit 1.800,00 € jährlich bezuschusse. Die Kleiderkammer werde sehr gut angenommen und es sei für die Kommune nicht offensichtlich, ob dort ein Mietzuschuss nach wie vor erforderlich sei. In Absprache mit Herrn Pastor Müller werde die Kirchengemeinde zum 31.12.2017 eine Einnahmen-/Ausgabenrechnung für die Kleiderkammer (2016 und 2017) und für die KÖB (2017) vorlegen. Danach sollte die Gemeinde erneut über die Möglichkeit eines

Mietzuschusses für die KÖB und auch für die Kleiderkammer beraten. Deshalb schlage sie vor, die Miete der Bücherei zunächst nur für 2017 zu bezuschussen, aber nur in Höhe der hälftigen Kaltmiete. Die Nebenkosten sollten wie bisher auch gänzlich von der Kirchengemeinde getragen werden.

Ratsfrau Puke schließt sich für die UWG-Fraktion einer hälftigen Bezuschussung der Kaltmiete an, spricht sich aber für die Beibehaltung des bewilligten Zuschusses von 1.800,00 € für die Bücherei aus, damit diese im Interesse der Bürger neue Bücher erwerben könne.

**Beschlussvorschlag:**

„Die Gemeinde Glandorf gewährt der Kath. Kirchengemeinde Glandorf für die Kath. Öffentliche Bücherei für 2017 einen hälftigen Zuschuss zur Kaltmiete in Höhe von mtl. 225,00 € (12 x 225,00 € = 2.700,00 € jährlich). Der bereits bewilligte Zuschuss zur Bücherei in Höhe von 1.800,00 € wird auf den Mietzuschuss angerechnet.“

**Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen**

**17. Zuschuss Konzertreihe Kultour-Gut; Beratung und Beschlussfassung**  
**Vorlage: 01/024/2017**

Ausschussvorsitzender Hesse trägt den Sachverhalt entsprechend der Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

**Beschlussvorschlag:**

„Dem Heimat- und Kulturverein Glandorf - Kult(o)urGut! - wird zur evtl. eintretenden Defizitabdeckung der Konzertreihe Universitätsmusik der Uni Osnabrück in Glandorf für die Jahre 2017 und 2018 je ein Zuschuss in Höhe von bis zu 400,00 € gewährt. Die Auszahlung erfolgt nach Vorlage der jeweiligen Abrechnung.“

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**18. Zuschuss Rosenmontagsumzug; Beratung und Beschlussfassung**  
**Vorlage: 01/012/2017**

Ausschussvorsitzender Hesse trägt den Beschlussvorschlag der Verwaltung vor und gibt zu überlegen, ob nicht mit geringeren Beträgen gestartet werden sollte.

Ratsherr Lehmkuhle spricht sich für eine Bezuschussung der Wagen in der vorgeschlagenen Höhe von bis zu 200,00 €/Wagen aus, allerdings nach Vorlage entsprechender Kostennachweise (z.B. für Material, Uniformen oder Kamelle). Bei den Fußgruppen sollte eine Aufteilung nach Personengröße erfolgen und dann pauschaliert bezuschusst werden.

Die Ratsfrauen Erpenbeck und Laumann plädieren für eine unbürokratische Verfahrensweise. Bis einschließlich 2018 sollte eine Probephase der Bezuschussung ohne Kostennachweise erfolgen. Eine Förderung der Motivation sollte im Vordergrund stehen.

**Beschlussvorschlag:**

„Die Gemeinde Glandorf bezuschusst beim Rosenmontagsumzug eine angemeldete Glandorfer Fußgruppe mit bis zu 80,-- € und einen angemeldeten Glandorfer Wagen mit bis zu 200,-- €. Der Zuschuss wird auf Antrag von der Gemeinde direkt dem/der Sprecher/in der angemeldeten Gruppe überwiesen. Auf die Vorlage von Kostennachweisen wird bis einschließlich 2018 verzichtet.“

**Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen**

**19. Zuschuss Besuch Glandorf Ohio; Beratung und Beschlussfassung**  
**Vorlage: 01/015/2017**

Ausschussvorsitzender Hesse trägt den Sachverhalt zu diesem Tagesordnungspunkt vor. Er fragt an, ob die Gemeinde Glandorf Ohio eine Partnergemeinde sei oder ob es einen Partnerschaftsvertrag gebe.

Beides wird von Bürgermeisterin Dr. Heuvelmann verneint. Eine Anfrage zur vorgesehenen Risikovorsorge von 1.000,00 € beantwortet sie damit, dass einige Kosten, wie z.B. für das Liederbuch, noch nicht feststünden bzw. nicht genau kalkuliert werden könnten. Die Mittelverwaltung erfolge durch Kämmerer Dirk Schmalstieg.

**Beschlussvorschlag:**

„Für den Besuch der Gäste aus Glandorf Ohio sind im Haushaltsplan 2017 insgesamt Mittel in Höhe von 3.000,00 € einzuplanen.“ \_

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**20. Einrichtung Treff mit Gebetsraum Muslime; Beratung und Beschlussfassung**  
**Vorlage: 01/021/2017**

Ausschussvorsitzender Hesse stellt den Antrag von Herrn Xhavit Sadikaj auf Einrichtung eines muslimischen Treffpunkts mit Gebetsraum zur Diskussion.

Bürgermeisterin Dr. Heuvelmann trägt vor, dass Glandorfer Muslima und Muslime schon länger auf der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten für einen Treffpunkt, der auch als Gebetsraum genutzt werden könne, seien. Da es bisher in Glandorf keinen regulären Treffpunkt für Muslime (und/oder Flüchtlinge) gebe, fahren diese beispielsweise zum Freitagsgebet nach Osnabrück. Die Steuerungsgruppe zur Integration der Flüchtlinge in Glandorf stehe dem Vorhaben einstimmig ausgesprochen positiv gegenüber – ein solcher Treffpunkt bereichere die Glandorfer kulturelle Landschaft. Nun bestehe die Möglichkeit, Räumlichkeiten im linken Obergeschoss des HALVI zu nutzen. Aus Brandschutzgründen müssten dort lediglich neue Türen mit Zargen eingebaut werden, Kosten etwa 1.200,00 €.

Ratsherr Lehmkuhle findet Räumlichkeiten für Flüchtlinge in Ordnung. Die Schaffung eines Gebetsraumes sei aber nicht Aufgabe und nicht in Verantwortung der Gemeinde. Auch könnte eine Ungleichbehandlung gegenüber anderen religiösen Gruppen entstehen.

Ratsfrau Puke weist darauf hin, dass ihre Fraktion die Bedenken zu einem Gebetsraum teile.

Ein Vorschlag auf Einrichtung eines interkulturellen Treffpunktes findet allgemeine Zustimmung.

Nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung trägt Frau Dr. Heuvelmann vor, dass sich der/die Antragsteller mit einem interkulturellen Treffpunkt einverstanden erklären würden.

Einige Ausschussmitglieder plädieren allerdings für eine Vertagung des Tagesordnungspunktes, da insbesondere noch kein Entwurf eines Nutzungsvertrages vorliege.

Da man sich doch in der Sache einig sei und um nicht bis zur nächsten Sitzung unnötig Zeit zu vergeuden, schlägt Bürgermeisterin Dr. Heuvelmann vor, den Startschuss jetzt zu geben und über die Inhalte des Nutzungsvertrages (ausschließlich) im Verwaltungsausschuss zu entscheiden.

Ausschussvorsitzender Hesse kann sich diesem Verfahren anschließen. Er regt abschließend an, einen Belegungsplan für die Nutzung der Räumlichkeiten zu erstellen.

**Beschlussvorschlag:**

„Die Gemeinde Glandorf stellt den Antragstellern Räumlichkeiten im HALVI, 1. OG, links, zur Verfügung. Diese Räumlichkeiten können als interkultureller Treffpunkt genutzt werden. Die Antragsteller übernehmen die evtl. gewünschte Renovierung und die laufenden Nebenkosten. Mit den Sprechern der Nutzerinnen und Nutzer wird ein Nutzungsvertrag geschlossen, der eine vierwöchige Kündigungsfrist enthält.“

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**21. Haushaltsanträge der Fraktionen**

**Vorlage: 01/028/2017**

Ausschussvorsitzender Hesse trägt vor, dass die CDU-Fraktion eine Erhöhung der Investition beim Produkt „366210 Jugendzentrum Glandorf“ von 500,00 € auf 1.500,00 € (für Gestaltung Garten/Gartenmöbel) beantragt habe. Die von der UWG-Fraktion beantragten Änderungen zu den Produktgruppen „281100 Kult(o)ur-Gut“ und 272100 Büchereien“ hätten sich aufgrund der vorherigen Behandlung entsprechender Tagesordnungspunkte erledigt. Über das Produkt „111110 Ortsrat/Ortsvorsteher“ werde aufgrund eines vorliegenden Antrags der Ortsbürgermeister im Finanzausschuss beraten.

**Dem Antrag der CDU-Fraktion, den Ansatz beim Produkt „366210 Jugendzentrum Glandorf“ auf 1.500,00 € zu erhöhen, wird einstimmig zugestimmt.**

Ausgiebig diskutiert wurde noch - quasi in Ergänzung zum Tagesordnungspunkt 15 - der Antrag der UWG-Fraktion, zur Finanzierung einer weiteren Krippengruppe am St. Johannis-Kindergarten einen Haushaltsansatz von 100.000,00 € in das Produkt „365150 Kinderkrippe“ einzustellen. Hierin wurde die Verwaltung gebeten, bereits Förderanträge zur Errichtung einer Krippengruppe zu stellen.

Bürgermeisterin Dr. Heuvelmann plädiert dafür, sich nicht auf eine weitere Krippengruppe am St. Johannis-Kindergarten festzulegen. Mit der Bildung eines Haushaltsansatzes sei sie einverstanden. Die Stellung von Förderanträgen zum jetzigen Zeitpunkt sei verfrüht, da es noch keine Rahmenbedingungen für Niedersachsen gebe. Man verpasse auch keine Antragsfristen.

Auf Vorschlag von Verwaltungsangestelltem Gerding erfolgt folgender

**Beschlussvorschlag:**

„Zur Finanzierung weiterer Räumlichkeiten für eine U3-Krippengruppen-Betreuung ist im Haushaltsplan 2017 ein Haushaltsansatz von 100.000,00 € zu bilden. Die Verwaltung wird gebeten, zu gegebener Zeit Förderanträge zur Errichtung einer Krippengruppe zu stellen.“

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**22. Zuschuss "Sommerflimmern 2017"; Beratung und Beschlussfassung**

**Vorlage: 01/032/2017**

Ausschussvorsitzender Hesse trägt den Sachverhalt zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

**Beschlussvorschlag:**

„Dem Landschaftsverband Osnabrücker Land e.V. wird zur Durchführung des Programmes „Sommerflimmern – Kino auf dem Lande 2017“ in Glandorf ein Zuschuss in Höhe von bis zu 500,00 € gewährt. Die Auszahlung erfolgt nach Vorlage der Abrechnung.“

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**23. Anfragen und Anregungen**

Aus dem Zuhörerkreis weist Rendantin Irmgard Hälker auf die bereits vorliegenden Anmeldezahlen für die Kindergärten hin. Tendentiell sei festzustellen, dass weniger U-6-Plätze aber mehr U-3-Plätze benötigt würden. Derzeit könnten bereits 10 Kinder keinen Krippenplatz erhalten. Es bestünde u.a. die Möglichkeit, aus einer Regelgruppe eine altersübergreifende Gruppe zu machen, dann könnten aber viele 1-Jährige nicht bedient werden und zusätzlich entstünden Kosten für eine 3. Kraft. Als bessere Möglichkeit sehe sie einen alsbaldigen Anbau (Umbau) einer 2. Krippe an den Johannis-Kinderkarten an. Diesbezüglich läge ja bereits ein Bauplan vor. Nachteilig bei einem Umbau wäre ggfls., dass eine Regelgruppe geschlossen werden müsste und im Johannis-Kindergarten nicht mehr genug Ü-3-Plätze vorhanden wären.

**24. Schließung der Sitzung**

Ausschussvorsitzender Hesse bedankt sich für die rege Mitarbeit und schließt um 21.40 Uhr die heutige Sitzung.

gez. Josef Hesse  
Vorsitzender

gez. Helmut Gerding  
Protokollführer